



**Ortsvorstand Hannover
im Fachbereich 8 (Medien, Kunst und Industrie)**

RESOLUTION*

Zum Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 23. Juni 2010 und der gemeinsamen „Tarifeinheits“-Gesetzesinitiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), erklärt der Ortsvorstand Hannover im ver.di-Fachbereich 8:

1. Wir bezweifeln die Verfassungsmäßigkeit der gemeinsamen Gesetzesinitiative von DGB und BDA.
2. Wir halten die gemeinsame Gesetzesinitiative von DGB und BDA unabhängig von der juristischen Bewertung für tarifpolitisch fragwürdig.
3. Wir sind als demokratische Gewerkschafter empört darüber, dass der DGB-Vorsitzende in einer gravierenden Frage mit einem Gesetzes-Vorstoß in die Öffentlichkeit gegangen ist, ohne dass es zuvor in der Mitgliedschaft der einzelnen DGB-Gewerkschaften eine breite inhaltliche Diskussion dazu gegeben hat.
4. Wir sind als Mitglieder einer Gewerkschaft, die laut Satzung nach demokratischen Grundsätzen aufgebaut ist und deren Willens- und Entscheidungsbildung grundsätzlich auf der mitgliedsnächsten Organisationsstufe zu erfolgen hat, ebenso deutlich irritiert darüber, dass das ver.di-Bundesressort 1 in einem mehrseitigen Arbeitspapier für den DGB-Gesetzesvorstoß argumentiert, ohne dass zuvor eine demokratische Meinungsbildung in unserer Gesamtorganisation befördert wurde.
5. Wir fordern den bezirksübergreifenden Vorstand Hannover/Leine-Weser und Lüneburger Heide im Fachbereich 8 auf, sich dafür einzusetzen, dass die Vorstände der ver.di-Bezirke Hannover/Leine-Weser und Lüneburger Heide die Thematik unverzüglich auf ihre Tagesordnung setzen und zudem eine möglichst breite, fachbereichsübergreifende Mitgliederdiskussion dazu durchführen mit dem Ziel einer demokratischen Meinungsbildung in den ver.di-Bezirken.
6. Wir fordern den Landesvorstand Niedersachsen/Bremen im Fachbereich 8 auf, unsere Positionen bei seiner Befassung mit der Thematik zu berücksichtigen. Im Kontext regen wir an, die Angelegenheit in den ver.di-Landesvorstand einzubringen mit dem Ziel einer orientierenden Stellungnahme des ver.di-Landesbezirks an den Bundesvorstand. Wir erwarten, dass der ver.di-Bundesvorstand nicht weiter für die „Tarifeinheits“-Gesetzesinitiative eintritt, sondern stattdessen dahingehend Einfluss auf den DGB nimmt, dass der gewerkschaftliche Dachverband seinen „Tarifeinheits“-Gesetzesvorstoß zurücknimmt.

** beschlossen auf der Vorstandssitzung am 14. August 2010 in Hannover*

f.d.R. Hendrik de Boer (Vorsitzender)